

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 21.04.2021
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:08 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

ab 17:15 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

ab 16:34 Uhr.

Herr Stadtrat Steffen Suer

ab 16:16 Uhr.

SPD

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Frau Melanie Bihlmaier

Frau Susanne Fried

Frau Gabriele Goldbach

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Frau Regina Stöckle

Frau Edith Wollmann

Gast

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Sozialausschuss

Herr Stadtrat Thomas Kaiser	bis 17:15 Uhr.
Herr Stadtrat Ludwig Majohr	Sozialausschuss
Frau Stadträtin Elena Risel	Sozialausschuss
Frau Stadträtin Cynthia Schneider	Sozialausschuss
Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker	Sozialausschuss

Abwesend:

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tagesordnung

=====

- 1** Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige - Kindergartenjahr 2021/2022
- 2** Erweiterung des gemeinsamen Gutachterausschusses Schwäbisch Gmünd und Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben nach §§ 192-197 BauGB (Wertermittlung) von den Gemeinden Bartholomä, Böbingen a. d. R., Heuchlingen, Mögglingen und der Stadt Heubach auf die Stadt Schwäbisch Gmünd
- 3** Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern sowie der Polizeiverordnung für das Stadtfest
- 4** Jahresabschluss 2019 der Touristik & Marketing GmbH
- 5** Schulordnung für die städtische Musikschule der Stadt Schwäbisch Gmünd
- 6** Gebührenanpassung Städtische Musikschule auf 1. September 2021
- 7** Bekanntgaben
- 7.1** Amazon
- 8** Anfragen
- 8.1** Grünflächen Mehrgeschosswohnungen Hardtstraße
- 8.2** Parken von Elektro-Autos im Parkhaus
- 8.3** Schottergärten
- 8.4** Austausch von abgestorbenen Bäume
- 8.5** Abfallentsorgung Friedhof Wetzgau

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt er aus, dass der Bundesrat noch der Änderung des Infektionsschutzgesetzes zustimmen und der Bundespräsident dies im Anschluss verkünden müsse, es trete daher frühestens am Samstag in Kraft und sei bis zum 30.06.2021 befristet. Baden-Württemberg habe bereits im Vorgriff darauf eine Verordnung erlassen. Die Inzidenz sei die einzige Messlatte. Dies bedeute, dass die kommunale Selbstverwaltung ab einer bestimmten Inzidenz nicht mehr möglich sei. Genesene und Geimpfte hätten dann andere Rechte und könnten Ausnahmen von der Notbremse genießen. Die Schulen treffe es hart. Die Zahl der Inzidenz spiele eine große Rolle, da damit handfeste Folgen verbunden seien. Die Zahl 165 habe ihm bisher niemand begründen können. Bei Click & Meet zähle die Inzidenz von 150, man könne daher nicht vorangehen als Stadt. Die Inzidenz in Schwäbisch Gmünd liege aktuell bei 153,5, in der Südstadt gebe es die meisten Fälle. Damit hätte man eigentlich andere Möglichkeiten, jedoch sei die Kreisebene ausschlaggebend. Man wolle nun zusammen mit dem Landrat und den Oberbürgermeistern im Landkreis eine gemeinsame Kraftanstrengung unternehmen, um die Zahlen zu senken. Er verstehe nicht, warum die Zahlen seit letzter Woche steigen würden. Er appelliere an alle Bürgerinnen und Bürger, dass sich alle anstrengen, dass man die Zahlen senke. Es sei nun außerdem nur noch Notbetrieb in den Kindertagesstätten, was eine große Belastung für die Eltern bedeute.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man derzeit auf eine Vorlage von Arbeitgeberbescheinigungen für die Inanspruchnahme des Notbetriebs verzichte, eine glaubhafte Geltendmachung der Eltern reiche aus. Derzeit seien im Durchschnitt ca. 50 Prozent der Kinder in der Notbetreuung, wobei es hier starke Schwankungen zwischen den Einrichtungen gebe.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob man die Einhaltung der Ausgangssperre kontrolliere und ob es Verstöße gebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Polizei intensive Kontrollen durchführen werde. Bis heute habe man 20 Verstöße festgestellt und entsprechende Geldbußen festgesetzt.

Im Anschluss an die Ausführungen stellt Oberbürgermeister Arnold die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige - Kindergartenjahr 2021/2022
Vorlage: 050/2021

Protokoll:

Frau Stöckle präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für die Erstellung der Kita-Bedarfsplanung. Es bedürfe einer Glaskugel, um das Angebot an Betreuungsplätzen bedarfsgerecht planen zu können. Es sei daher schwierig, dass sich Angebot und Nachfrage decken. Bei der Berechnungsgrundlage habe man sich seither an den Bundes- und Landes-

empfehlungen in Höhe von 34 Prozent orientiert und sei bisher damit auch gut gefahren. Die CDU-Fraktion habe aber den Eindruck gewonnen, dass sich die 34 Prozent nicht mehr als praxistauglich erweisen würden, Angebot und Nachfrage gingen immer weiter auseinander. In einigen Teilen der Stadt sei die Nachfrage größer als das Angebot. Die Bauplatzentwicklungen würden beispielsweise nicht berücksichtigt werden. Man wolle und könne nicht nur die Entwicklung für 2022/23 abwarten, sondern man solle direkt handeln. Die CDU-Fraktion wolle die Versorgungsquote maßvoll in Richtung 40 Prozent, langfristig auf 45 Prozent anheben. Dass dies Auswirkungen auf den Finanzhaushalt habe, sei der Fraktion bewusst. Doch jeder für Kinder ausgegebene Euro sei gut investiert, da die Kinder die Zukunft seien. Er weist außerdem auf Probleme mit dem Portal „Little Bird“ hin und regt an, hier einen Austausch mit den Eltern anzustreben. Zudem erkundigt er sich, was es für Folgen habe, wenn die Stadt den Rechtsanspruch nicht erfüllen könne und ob die Stadt sich bereits Gedanken zu den Beitragszahlungen während des Notbetriebs gemacht habe.

Frau Stöckle antwortet, dass es noch keine Aussagen von Bund und Land bezüglich der Notbetreuung gebe. Man müsse daher abwarten, es hänge sicherlich auch von der Dauer des Notbetriebs ab. Sie betont, dass es sehr wichtig sei, dass die Eltern nicht nur digital einen Kindergartenplatz vormerken, sondern vor Ort in die Einrichtungen gehen, um mit den Leitungen zu sprechen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu Little Bird könne man gerne einrichten.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich und äußert, dass man die Vorlage mittragen werde.

Herr Arnholdt führt aus, dass den Rechtsanspruch aktuell fast niemand erfüllen könne.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für die Arbeiten und erkundigt nach dem interkommunalen Kostenausgleich sowie nach der Zeitplanung zum Neubau der Kindertagesstätte Kunterbunt. Außerdem möchte er wissen, ob man während der Bauphase die Anzahl der Betreuungsplätze aufrechterhalten könne. Außerdem möchte er wissen, ob man Schlüsse aus der Vergangenheit für die Prognose der Zukunft nutze. Er bedankt sich bei den Betreuerinnen und Betreuern in den Einrichtungen für die Arbeit, vor allem in dieser aktuell schwierigen Zeit.

Frau Stöckle antwortet, dass man derzeit 220 auswärtige Kinder betreue und 51 Kinder aus Schwäbisch Gmünd in anderen Kommunen betreut werden würden. Es gebe dann immer eine Gegenrechnung und demzufolge einen interkommunalen Kostenausgleich nach festgelegten Sätzen. Man mache keine Rückrechnungen in die Vergangenheit, da es viele Veränderungen im Jahr gebe. Die Rückrechnung generiere keine Prognosen für die Zukunft.

Herr Arnholdt führt aus, dass man die Kita Kunterbunt derzeit plane, das Provisorium sowie die Finanzierung seien derzeit eine Herausforderung.

Stadtrat Lieb/SPD bedankt sich ebenfalls. Man habe sehr oft flexibel reagieren müssen, 2800 Kinder in Betreuung sei eine beeindruckende Anzahl, dies zeige auch die Herausforderungen. Die vielen externen Faktoren, die mit einfließen, seien enorm. Man müsse auch die gesellschaftlichen Entwicklungen beachten, die es sehr schwer

machen würden, nach vorne zu schauen. Das Land solle auch mal in Fahrt kommen und die Kita-Beiträge übernehmen. Frühkindliche Bildung sei immens wichtig und man benötige auch das Geld.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE spricht ebenfalls seinen Dank aus. Zu Little Bird hätte ihn auch schon Kritik von Seiten der Eltern erreicht. Er begrüße daher den Vorschlag von Stadtrat Christian Krieg zu einem Austausch mit den Eltern. Das persönliche Gespräch in den Einrichtungen sei sehr wichtig, da es um viel mehr gehe als nur um den Platz, es gehe auch um Befindlichkeiten. Es sei wichtig, dass man sich zusammensetze und sich darüber unterhalte. Die Finanzierbarkeit von Betreuungsplätzen sei schwierig. Es sei daher wichtig, dass das Land mehr in die Pflicht genommen werde, um die Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Er erkundigt sich nach der Maskenpflicht in den Kindertageseinrichtungen.

Frau Stöckle antwortet, dass man alle Mitarbeitenden mit FFP2-Masken ausgestattet habe. Es gebe eine Dienstanweisung, dass die Masken getragen werden müssten, wenn der Abstand nicht eingehalten werden könne. Jedoch gebe es keine Maskenpflicht in der Arbeit mit Kindern, es gebe aber mittlerweile einige Einrichtungen, in denen Mitarbeitende von sich aus Masken tragen würden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls. Sie finde es gut, dass die Notbetreuung unbürokratisch gehandhabt werde. Sie erkundigt sich außerdem, ob die Nachfrage nach den Waldkindergärten weiterhin so hoch sei.

Frau Stöckle antwortet, dass es weiterhin eine hohe Nachfrage gebe.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man aktuell an einem Bauernhof-Kindergarten dran sei.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen ist der Meinung, dass das Land die Kinderbetreuung auch bezahlen solle, wenn es einen Rechtsanspruch beschlossen habe.

Oberbürgermeister Arnold stimmt dem zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

- zu 2 Erweiterung des gemeinsamen Gutachterausschusses Schwäbisch Gmünd und Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben nach §§ 192-197 BauGB (Wertermittlung) von den Gemeinden Bartholomä, Böbingen a. d. R., Heuchlingen, Mögglingen und der Stadt Heubach auf die Stadt Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 045/2021**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt es, dass die Raumschaft so gut zusammenarbeite und bedankt sich bei Herrn Hackner hierfür.

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

- zu 3 Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern sowie der Polizeiverordnung für das Stadtfest
Vorlage: 057/2021**

Protokoll:

Herr Hägele erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

- zu 4 Jahresabschluss 2019 der Touristik & Marketing GmbH
Vorlage: 051/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 13

**zu 5 Schulordnung für die städtische Musikschule der Stadt Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 061/2021**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron schlägt vor, Tagesordnungspunkt 5 und 6 zusammen zu behandeln. Im Anschluss erläutert er den Sachverhalt und weist darauf hin, dass in Anlage 3 fälschlicherweise auf § 10 Absatz 4 Schulgeld verwiesen worden sei, es jedoch § 21 Absatz 4 Schulgeld heißen müsse.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für das Engagement. Er bedauert, dass das Jubiläum der Musikschule und der VHS nicht gefeiert werden könne. Er weist außerdem auf die finanziellen Ausfälle der Honorarkräfte hin.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass die festangestellten Kräfte Vorteile hätten. Die Honorarkräfte seien die klaren Verlierer aus der Corona-Krise. Es sei gut, dass Stadtrat Baum dies anspreche.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach dem Hintergrund des Verlustes durch den Online-Unterricht und wie die Gebühr hier künftig berechnet werden würde. Außerdem erkundigt er sich nach dem Vorgehen bei den Vereinbarungen mit den anderen Gemeinden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass eine Gebühr anfallt, wenn der Unterricht abgehalten werden könne. Dies sei jedoch nicht in allen Bereichen möglich, daher der Verlust. Die Antwort auf die zweite Frage reiche man nach.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE bedankt sich, dass jedes Kind, das ein Instrument erlernen möchte, diese Chance bekomme. Ihm sei wichtig, dies nach außen zu kommunizieren.

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich. Er weist in diesem Zusammenhang auf die verschiedenen Programme hin, es sei nicht nur Erika-Künzel-Stiftung.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, an wen sich die Honorarkräfte wenden könnten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Hilfen in erster Linie für die Menschen gedacht seien, bei denen dies der Haupterwerb sei. Man habe hier von städtischer Seite kein Hilfsprogramm.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 42
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Gebührenanpassung Städtische Musikschule auf 1. September 2021
Vorlage: 054/2021**

Protokoll:

Siehe TOP 5.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 42

zu 7 Bekanntgaben

zu 7.1 Amazon

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass Amazon in Giengen an der Brenz nun ein Verteilzentrum errichte.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4

zu 8 Anfragen**zu 8.1 Grünflächen Mehrgeschosswohnungen Hardtstraße****Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass in der Hardtstraße letztes Jahr ein größeres Neubauprojekt mit Mehrgeschosswohnungen entstanden sei. Auf dem Grundstück seien keine Grünflächen vorhanden. Er möchte daher wissen wie es hier weitergehe.

Herr Hackner antwortet, dass man dran sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 8.2 Parken von Elektro-Autos im Parkhaus**Protokoll:**

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, ob man mit dem Elektro-Auto im Parkhaus parken dürfe, da es für die Feuerwehren schwierig sei, Brände hier zu löschen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies mitnehmen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.3 Schottergärten**Protokoll:**

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich, dass die Schotterkreisel nun endlich umgebaut werden würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er sich ebenfalls freue. Er spricht einen

großen Dank an die Stadtgärtnerei aus und äußert, dass man sich hier auch bei einem Landesprogramm bewerbe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 68

zu 8.4 Austausch von abgestorbenen Bäume

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich für die Aufstellung der mobilen Bäume in der Innenstadt. Er erkundigt sich, welchem Umfang der Austausch von abgestorbenen Bäumen, beispielsweise in der Remsgalerie, habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies abklären werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 8.5 Abfallentsorgung Friedhof Wetzgau

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass am Friedhof in Wetzgau abends Abfall über den Zaun in den Container geworfen werde, der eigentlich für Friedhofsabfälle bestimmt sei. Sie regt daher an, den Zaun zu erhöhen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vorschlag und äußert, dass man diesen an die zuständigen Ämter weitergeben werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67, 68
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: